

Pressemitteilung

Menschen mit Behinderungen erfahren in der Pandemie Einsamkeit und Benachteiligung!

Zahl der Hilfesuche an ABiD nehmen zu: „Es braucht auch politische Interventionen!“

Die Lage von Menschen mit Behinderungen in Deutschland hat sich in der Corona-Pandemie erheblich verschlechtert. Diese Ansicht vertritt der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland (ABiD) e.V. und weist aktuell darauf hin, dass es nicht genügt, Personen mit Handicap nun allein deshalb in den Fokus zu rücken, weil das Bundesverfassungsgerichts in der Frage der Triage die Rechte der Behinderten gestärkt hat: „Zwar hat diese Entscheidung aus Karlsruhe Signalwirkung, weil sie die Ansprüche von Behinderten während und außerhalb der Epidemie unterstreicht und die oftmals noch immer wenig präsenten Vorgaben der Internationalen Behindertenrechtskonvention nochmals in die Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft rückt“, erklärt Klaus Heidrich aus dem Vorstand des ABiD, und ergänzt: „Wir unterstützen deshalb ausdrücklich den Vorstoß von SoVD-Präsident Adolf Bauer, der Maßnahmen gegen die Einsamkeit fordert“. Denn oftmals fristeten Behinderte in der momentanen Situation ein sehr zurückgezogenes Dasein, wenn sie in Werkstätten nicht arbeiten können oder von ihren Arbeitsplätzen verbannt sind – und daneben die Tagesstruktur fehlt, wenn sie beispielsweise in betreuten Wohngruppen nur sehr eingeschränkt Besuch empfangen können. Nicht selten sind Behinderte durch die Isolation besonders von möglichen Folgen der Abschottung betroffen, weil ihnen ihre angestammten sozialen Kontakte im geschützten Raum ausbleiben oder ihnen zuhause die Decke auf den Kopf zu fallen scheint“, sagt Heidrich, der deshalb fordert: „Wir brauchen dringend eine verstärkte sozialpädagogische und psychologische Betreuung, die niederschwellig und aufsuchend ist – und den Behinderten in der Bewältigung der Zurückgezogenheit und des veränderten Alltagslebens hilft. Denn nicht zuletzt sind sie aufgrund ihres Handicaps ganz besonders auf Halt und Rhythmus angewiesen. Solch eine Notlage wie im Augenblick schafft für sie Unsicherheit und Angst – und wirft sie vollständig aus ihrem vertrauten Ablauf heraus“.

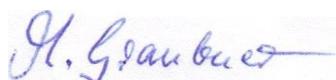
Der Sozialberater des ABiD e.V., Dennis Riehle, bestätigt diese Befürchtung: „Wir verzeichnen in der Covid19-Krise einen massiven Zulauf zu unserem Beratungsangebot. Es geht dabei einerseits um durchtragende Hilfe in den individuellen Problemsituationen, aber auch um die konkrete Unterstützung beim Beantragen von Leistungen, die momentan mehr denn je abgerufen werden. Wir wollen mit der Mail-Beratung eine gewisse Ermutigung schenken und praktische Tipps geben, wie sich der Alltag auch in solchen Ausnahmelagen so gestalten lässt, dass er ein Anker für die Menschen ist. Behinderte reagieren auf die schnell wechselnden Umstände und Regelungen der Corona-Politik mit besonders viel Furcht, Sorge und nicht zuletzt sogar Verzweiflung. Denn durch ihr Handicap wissen sie bereits um manch scheinbare Ausweglosigkeit und sind deshalb bei jeder Instabilität gefährdet, mit seelischen Reaktionen die Unruhe zu kompensieren. Hier ist es enorm wichtig, ihnen eine konkrete Orientierung und Wegweisung zu geben, damit sie wieder eine Perspektive entwickeln und durch Tipps und Ratschläge gegebenenfalls ihre Anpassungsfähigkeit modifizieren“, so Riehle. Er weist aber auch darauf hin, dass die Politik nicht aus ihrer Verantwortung gelassen werden darf: „Schlussendlich benötigen wir einen massiven Ausbau der psychosozialen Betreuung, bürgernah und barrierefrei, wohnortnah und unkompliziert. Das ist das Gebot der Stunde“. Auch müsse darüber gesprochen werden, wie man das Alleinsein vieler Menschen beenden und zumindest durch digitale Angebote, eine Förderung der telefonischen und

elektronischen Seelsorge sowie möglicherweise auch durch die Einsetzung von Beauftragten, die sich explizit – wie in anderen Ländern bereit geschehen – um die Fürsorge von Benachteiligten kümmern, abmildern kann. Koordinierungsstellen, die den Aufbau einer flächendeckenden Versorgung mit Anlaufstellen für das Auffangen von Menschen mit nicht krankheitsrelevanten, aber doch belastenden psychischen Leiden organisieren, sind nötig:

„Wir wissen um die vernachlässigte Bedarfsplanung in der Genehmigung von Psychotherapie-Plätzen. Wir brauchen nun aber auch kurzfristige Lösungen, wie gerade Behinderte in ihrem von Zerrüttung bedrohten Alltag stabilisiert werden können. Wir bieten uns der Politik gerne an, hier gemeinsame Konzepte zu entwickeln und unsere Expertise einzubringen“, erklärt der 36-Jährige, der selbst von mehreren Handicaps betroffen, aber dennoch zum Psychosozialen Berater ausgebildet ist.

„Gleichzeitig müssen wir die Lage als Anlass nehmen, darüber zu sprechen, gerade psychische Gebrechen stärker in die Bewertung der Versorgungsmedizinischen Grundsätze einzubeziehen und damit zu ermöglichen, dass Betroffene mit seelischen Erkrankungen leichter eine Schwerbehinderteneigenschaft erlangen und damit Nachteilsausgleiche erhalten können“, sagen Riehle und Heidrich übereinstimmend. Und nicht zuletzt will der ABiD erreichen, wonach gerade Menschen mit Beeinträchtigungen, die oftmals aus diesem Grunde heraus in einer sehr prekären Soziallage sind, einen deutlichen Zuschuss für die angestiegenen Kosten erhalten und direkt ausbezahlt bekommen, die von der Pandemie mitverursacht wurden. „Dabei geht es nicht nur um Nebenkosten in der Wohnung, sondern auch um genügend finanzielle Mittel zur Anschaffung von Masken, Desinfektionsmitteln und Schnelltests“, erläutert Riehle, der darauf aufmerksam macht, dass Behinderte schon allein wegen ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Einschränkung prädestiniert sind, in die Unterschicht zu gehören und von dort auch nicht mehr entfliehen zu können: „Diese Zementierung müssen wir aufbrechen, indem wir auch Menschen mit Handicap Aufstiegschancen durch Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen und ihre Verdienstmöglichkeiten im geschützten oder freiwirtschaftlichen Job deutlich erhöhen und die Abhängigkeit von ausschließlichen Leistungen des Staates hin zu Eigenverantwortung und Selbstversorgung stärken und fördern – beispielsweise durch eine Reform des ‚Persönlichen Budgets‘“.

Zudem appelliert Heidrich, dass Menschen mit Behinderungen vorrangig Zugang zu den Impfungen und den alsbald erscheinenden Medikamenten gegen SARS-CoV-2 erhalten sollen. „Letztendlich hat die Politik von den Verfassungsrichtern einen klaren Fingerzeig erhalten. Behinderte gehören automatisch zu den vulnerablen Gruppen, welche einen besonderen Gesundheitsschutz durch den Staat erwarten dürfen. Sie brauchen sofortige Zusicherung von inflationären Ausgleichen, leichteren Zugang zu Sozialleistungen und eine prädestinierte Berücksichtigung bei der Bekämpfung der Epidemie mit all ihren Folgen“, so der ABiD.



Marcus Graubner
Vorsitzender des ABiD e. V

Kontakt:

Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. – Friedrichstraße 95, 10117 Berlin
Vertreten durch: Marcus Graubner, Telefon: +49 (0) 30 27 59 34 29. Mail: kontakt@abid-ev.de

Sozialberatung des ABiD (Dennis Riehle): soziales@abid-ev.de